

„Jede Zuweisung verschärft die Lage“

RAHDEN (WB). Landauf, landab sind Kommunen in großer Sorge, dass sie mit der Unterbringung der vielen Flüchtlinge schon jetzt oder bald überfordert sein könnten. Die aktuelle Zuwanderung ist auch für die Stadt Rahden eine enorme Herausforderung. WB-Redakteur Dieter Wehbrink führte darüber mit Bürgermeister Dr. Bert Honsel ein Interview.

Dr. Honsel, Sie haben schon vor Wochen gewarnt, dass sich die Situation bei der Unterbringung von Schutzsuchenden auch in Rahden zuspitzt. Hat sich die Lage auf hohem Problemniveau stabilisiert oder noch verschärft?

Bert Honsel: Die Wohnraumsituation verschärft sich mit jeder Zuweisung. Wir haben aktuell 193 kriegsvertriebene Ukrainer, davon 62 Personen, die der Stadt Rahden zugewiesen wurden und die in städtischen Unterkünften untergebracht wurden. 51 Geflüchtete befinden sich im Asylverfahren, sie kommen aus anderen Herkunftsstaaten. 35 Personen sind geduldet, 157 Personen mit einem positiven Asylbescheid und einer dreijährigen Wohnsitzauflage für Rahden müssen wir ebenfalls unterbringen.

Und mit wie vielen Menschen rechnet Rahden noch in diesem Jahr?

Honsel: Wir rechnen mit weiteren Zuweisungen. In den vergangenen Wochen wurden uns jeweils sechs bis acht Personen pro Woche zugewiesen. Es gibt aber für die Zukunft keine planbare Größe. In den Wintermonaten gehen wir eher von einer steigenden Zahl an Geflüchteten pro Woche aus.

Gibt es in den städtischen Unterkünften überhaupt noch freie Kapazitäten?

Honsel: Es gibt keine freien Kapazitäten. Neu angemietete Unterkünfte werden sofort belegt.

Bekommt die Stadt derzeit noch geeignete private Unterkünfte angeboten? Welche Mindestanforderungen müssten diese mit Blick auf die Flüchtlinge eigentlich haben?



Bürgermeister Dr. Bert Honsel: „Die Belegung von Turnhallen sehen wir nur als letzte Möglichkeit der Flüchtlingsunterbringung an.“

Honsel: Glücklicherweise war es bisher so, dass wir gerade noch ausreichend neue Unterkünfte anmieten konnten, um die neu zugewiesenen Geflüchteten unterbringen zu können. Bei den Unterkünften muss es sich um genehmigten Wohnraum handeln.

Spüren Sie Zurückhaltung von weiteren Hausbesitzern, Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen? Und spüren Sie in der Rahdener Bevölkerung so etwas wie Sorge über die hohe Zahl der Flüchtlinge?

Honsel: Wir spüren bis jetzt noch keine Zurückhaltung bei Hausbesitzern, Wohnraum für Geflüchtete anzubieten – und noch keine Sorge über die hohe Zahl an Geflüchteten. Es bleibt abzuwarten, ob die Stimmungslage sich möglicherweise über den Winter verändert.

Mal angenommen, ein Hausbesitzer möchte Wohnraum für Flüchtlinge anbieten, hat aber die Sorge, dass er die Miete nicht bekommt oder wegen der Sprachbarrieren mit den Flüchtlingen überfordert ist. Welche Leistungen und Hilfestellungen

garantiert ihm die Stadt bei diesen Fragen?

Honsel: Da die Stadt Rahden Mieterin des Wohnraums ist, muss niemand um seine Miete, Neben- und Heizkosten fürchten. Die Stadt Rahden ist somit auch Ansprechpartnerin für die Vermieter. Darüber hinaus kümmert sich die Integrationsbeauftragte, Cornelia Riemer-Griebel, um die Belange der Geflüchteten und gibt Hilfestellungen. Wir sind zudem bemüht, Sprachmittler zur Verfügung zu stellen, falls Sprachbarrieren bestehen.

Mal ganz ehrlich: Wie groß ist die Gefahr, dass auch Rahden bald schon städtische Turnhallen oder andere öffentliche Gebäude für die Flüchtlingsunterbringung heranziehen muss? Und wenn ja, welche Räumlichkeiten kämen dafür in Frage?

Honsel: Das Ziel der Stadt Rahden ist weiterhin, die Geflüchteten dezentral in kleineren Wohneinheiten unterzubringen. In den nächsten Wochen ist dies bei einer ähnlichen Zahl an Neuzuweisungen auch gewährleistet. Wir freuen uns natürlich auch in Zukunft über weitere Wohnungsangebote. Da uns

die künftigen Zuweisungszahlen nicht bekannt sind, wären weitere Aussagen zur Unterbringungssituation reine Spekulation. Die Belegung von Turnhallen wird jedenfalls zurzeit als die letzte Möglichkeit gesehen, Geflüchtete unterzubringen.

In Rahden ist erkennbar viel gebaut worden. Doch wie sieht es Ihrer Einschätzung nach auf dem Mietwohnungsmarkt für Einheimische aus, den die Stadt ja durch Anmietung für Flüchtlinge ziemlich befeuert? Finden Einheimische mit kleinerem oder normalem Einkommen eine bezahlbare Wohnung in Rahden?

Honsel: Zur Lage am allgemeinen Wohnungsmarkt kann ich keine dezidierten Aussagen treffen. Aber klar ist, dass Wohnraum grundsätzlich ein knappes Gut ist, deutschlandweit. Mietpreise werden von hier in angemessener Höhe gezahlt. Die Mietobergrenzen werden kreiseinheitlich festgesetzt und auch von anderen Sozialleistungsträgern (zum Beispiel vom Jobcenter beim Bezug von Arbeitslosengeld II) als angemessen anerkannt.

Apropos Bauen – dazu von mir ein ganz anderes Thema:

Man hört, die Stadt soll Probleme mit der Bezirksregierung haben, die das geplante interkommunale Gewerbegebiet Rahden/Stemwede nicht in der gewünschten Form auf Rahdener Gebiet befürwortet. Ist da was dran?

Honsel: In der Tat hat die Bezirksregierung andere Vorstellungen in Bezug auf das von uns gewünschte interkommunale Gewerbegebiet. Darüber wollen wir aber mit Vertretern der Bezirksregierung zeitnah sprechen. Die Ergebnisse des Gesprächs werden dann zu gegebener Zeit mit der hiesigen Politik und den betroffenen Grundstückseigentümern besprochen und natürlich auch öffentlich gemacht.

Ziel der Stadt ist es weiterhin, für Gewerbetreibende ein interessanter Standort auch in der Zukunft zu sein. Denn die Gewerbesteuer ist eine unserer wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Einnahmequelle, um die Infrastruktur von Rahden – also die Straßen, die Schulen und Sportstätten, die Innenstadt oder auch die weitere Entwicklung der Außenortschaften, um nur einige Beispiele zu nennen – zu finanzieren und unsere Stadt attraktiv zu gestalten.